

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

12.1.1888 (No. 12)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. Januar.

№ 12.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 11. Januar.

Die Italiener haben von Massana aus weiter landeinwärts gelegene Punkte besetzt und befinden sich jetzt in einer für die Verteidigung günstigen Situation. Die Vorposten stehen bei Dogali, wo vor bald Jahresfrist, am 26. Januar 1887, jenes für die Italiener so verhängnisvolle Treffen stattfand, das die Hauptursache des jetzigen Feldzuges bildet. Es scheint nicht in der Absicht der Italiener zu liegen, den Abyssinern entgegen zu marschieren, sondern sie erwarten in ihrer gegenwärtigen Stellung den Feind. Was diesen betrifft, so hat er es, wenn der römische Gewährsmann der „Politischen Korrespondenz“ gut unterrichtet ist, nicht so eilig, wie von einigen Blättern gemeldet war; die Nachricht, daß der Negus mit seinen Truppen in Eilmärschen gegen Massana heranrücke, entbehrt dieser Quelle zufolge der Begründung, vielmehr soll nach dem Jahreswechsel keine Vorwärtsbewegung der abyssinischen Truppen stattgefunden haben. Der Bericht der „Politischen Korrespondenz“ lautet folgendermaßen:

Ueber den angeblichen raschen Anmarsch des Negus von Abyssinien gegen die italienischen Stellungen in und um Massana liegen seit mehreren Tagen keine neuen Daten vor. Gar so rasch scheint aber dieser Anmarsch sich doch nicht zu vollziehen, denn der Negus hält schon seit mehreren Tagen in Assum und seit Neujahr fand keine weitere Vorrückung der abyssinischen Truppen statt. Den Italienern könnte ein konsentrischer Angriff auf ihre Stellung nur sehr erwünscht kommen, da sie in der Lage wären, diesen Angriff in einer Art zurückzuweisen, daß dem Negus und seinem Oberfeldherrn die Lust zu einer Wiederholung desselben vergehen würde. Der Geist der italienischen Truppen ist ein vorzüglicher und dieselben erwarten mit Ungeduld den Augenblick, mit den Abyssinern zusammenzutreffen. So viel man bisher über die operativen Dispositionen des italienischen Expeditionscorps erfährt, gedenkt dasselbe keinen offensiven Vorstoß zu unternehmen, sondern vorläufig den Angriff des Negus in seinen gegenwärtigen besetzten Stellungen abzuwarten. Es ist absolut unwarhaft, daß der Oberkommandant des italienischen Expeditionscorps in Afrika, General San Marzano, Verstärkungen verlangt habe, im Gegenteil ist es feststehende Tatsache, daß Graf Marzano erklärt hat, daß die ihm unterstellte Truppenzahl vollständig zur erfolgreichen Zurückweisung jedes Angriffes auf seine Stellung genüge. Die Nachricht von der Absendung neuer Verstärkungen nach Massana besätigt sich demnach nicht, und erst für den Fall, daß Graf Marzano sich dazu entschließen sollte, eine kräftige Offensive zu ergreifen, dürfte die Frage aufgeworfen werden, ob die Absendung neuer Verstärkungen notwendig sein werde oder nicht. Vorläufig gedenken die Italiener bloß ihre früher inne gehaltenen Stellungen zwischen Sabati und Uab wieder einzunehmen, die zwischen dieser Stellung und dem Meer liegende Hügelkette zu besetzen und in dieser besetzten Stellung die weiteren Ereignisse abzuwarten.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben:

Sieben ist die dem Reichstage zugegangene, vom Reichsversicherungsamt aufgestellte Nachweisung über die **Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften** auf das Jahr 1886 veröffentlicht worden, und zum erstenmal wird uns damit eine Uebersicht über ein volles Jahr der berufsgenossenschaftlichen Thätigkeit gegeben. Man hört häufig die Ansicht äußern, daß unserm realistischen Zeitalter nichts Anderes imponire als Zahlen, und diese auch nur dann, wenn sie möglichst hoch sind. Ueber die Berechtigung einer solchen Anschauung wollen wir hier in keine Unterfuchung eintreten, wenn dieselbe aber Anspruch auf Wichtigkeit hat, so dürfte die in der erwähnten Nachweisung enthaltenen Angaben einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hervorzurufen nicht verfehlen.

62 Berufsgenossenschaften mit 366 Sektionen, 742 Mitgliedern der Genossenschaftsvorstände, 2356 Mitgliedern der Sektionsvorstände, 6501 Vertrauensmännern, 39 angestellten besoldeten Beauftragten (Revisionsingenieuren), 404 Schiedsrichtern und 2445 Arbeitervertretern sind im Jahre 1886 in Aktion gewesen, um die Unfallversicherung für 269 174 Betriebe und 3 473 435 versicherte Personen, deren für die Umlage anrechnungsfähigen Höhe die Summe von 2 228 338 865,59 Mark betragen, durchzuführen. Dazu kommen 47 Ausführungsbehörden der Reichs- und Staatsbehörden mit 48 Schiedsgerichten und 432 Arbeitervertretern, welche ihre Thätigkeit der Versicherung von 251 878 im Staatsdienst angestellter Arbeiter widmeten. Welche Fülle von geistiger Kraft, welche Zeit ist hier seitens der Betriebsunternehmer zum Wohle der arbeitenden Klassen ohne Entgelt aufgewendet worden!

Noch bedeutender aber waren die materiellen Leistungen. Von den Berufsgenossenschaften allein sind im Laufe des Jahres 1886 gezahlt worden: an Entschädigungsbeträgen 1 711 699,98 Mark, an laufenden Verwaltungskosten 2 324 294,32 Mark, an Kosten der Unfalluntersuchungen, der Feststellung der Entschädigungen, an Schiedsgerichts- und Unfallverhütungskosten 277 247,60 Mark. Mit dem Reservefond in Höhe von 5 401 878,06 Mark und den Kosten aus der Uebernahme von mit Privatgesellschaften abgeschlossenen Versicherungsverträgen betrug die effektive Ausgabe der 62 Berufsgenossenschaften 10 305 253,20 Mark. Für 9 723 Unfälle wurden Entschädigungen gezahlt, 5 935 Angehörige von Verletzten wurden versorgt.

Als das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 am 1. Oktober 1885 in Kraft trat und mit diesem Termine die Berufsgenossenschaften ihre Thätigkeit aufnahmen, konnte man eine gewisse Sorge darüber nicht unterdrücken, ob Industrie und Gewerbe bereits so stark seien, daß sie eine so ausgedehnte Selbstverwaltung ohne Weiteres durchführen könnten, heute zeigt es sich, daß jene Sorge unbegründet war. Wenn aber der berufsgenossenschaftliche Organismus von seiner Thätigkeit ein so glänzendes Zeugnis ablegen kann, so wird man doch nicht vergessen dürfen, daß ein hohes Verdienst daran diejenigen Männer haben, welche sich in größter Uneigennützigkeit zum Wohle der arbeitenden Klassen nicht nur, sondern auch zur finanziellen Entlastung ihrer Erwerbsgenossen den mannigfachen ehrenamtlichen Pflichten unterziehen, welche dieser Zweig der Selbstverwaltung mit sich bringt, und man wird nicht übersehen dürfen, daß die ihnen schon jetzt zugemutete Arbeit eine große ist. Für diese Männer ist die Nachweisung über die Rechnungsergebnisse ein ehrendes Monument, noch ehrender indessen für diejenigen, welche den Anstoß zu unserer sozialpolitischen Gesetzgebung gegeben haben und nun mit Befriedigung erleben können, daß die einmal mit unserer modernen Art und Weise des maschinellen und sonstigen industriellen wie gewerblichen Betriebes verbundene Gefahr, soweit es in menschlicher Kraft liegt, beschränkt und, soweit sie nicht zu beseitigen ist, in ihren materiellen Folgen wenigstens ausgeglichen wird.

Deutschland.

* Berlin, 11. Jan. (Tel.) Seine Majestät der Kaiser empfing gestern Nachmittag einen halbständigen Besuch Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm. Das Befinden des Kaisers war während des gestrigen Nachmittags ein zufriedenstellendes. In vergangener Nacht war der Schlaf mehrfach unterbrochen.

— Aus San Remo wird gemeldet, daß Se. Kaiserl. Hoheit der Kronprinz gestern in Begleitung des dort eingetroffenen Erbprinzen von Meiningen eine Spazierfahrt unternahm. Alle Nachrichten über das Befinden des hohen Herrn stimmen darin überein, daß dasselbe nach Ueberwindung des Erkältungszustandes wieder ein durchaus befriedigendes sei.

— Seine Majestät der Kaiser hat den Votschafter bei der Porte, bisherigen Geheimen Legationsrath v. Radowitz, zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz ernannt.

— Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen betreffend das Forststrafverfahren zugegangen. Es hat sich herausgestellt, daß die bestehenden Vorschriften, wonach ein Einspruch gegen einen Strafbefehl in gerichtlichem Termine erfolgen muß und zu diesem Beweiszuge zu laden sind, nicht praktisch sind, weil da, wo Forstrevue in größerer Menge vorkommen, in den Terminen fast das gesammte Forstschutzpersonal des Gerichtsbezirks, da aus seinen Reihen die Beweiszuge gestellt werden, gleichzeitig vor Gericht erscheinen muß und dann an solchen Tagen Holz und Wild den Dieben preisgegeben ist. Der Entwurf bestimmt deshalb die Rückkehr zur Regel des § 449 der Strafprozessordnung, wonach ein Strafbefehl rechtskräftig wird, wenn nicht binnen einer Woche nach der Zustellung schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben ist. Der „Straßb. Post“ wird über den Gesetzentwurf noch Folgendes berichtet:

Die §§ 68 bis 74 des Gesetzes betreffend das Forststrafrecht und Forststrafverfahren vom 28. August 1880 werden aufgehoben; an Stelle der §§ 68 bis 70 treten nachstehende Bestimmungen: § 68. Die mit dem Forstschutze betrauten Personen erstatten ihre Anzeigen schriftlich, spätestens innerhalb 3 Tage nach erfolgter Feststellung der strafbaren Handlung, § 69. Die Bestimmungen der Strafprozessordnung betreffend das Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen finden entsprechende Anwendung. Durch diesen Strafbefehl kann festgesetzt werden: Geldstrafe, ohne Rücksicht auf Betrag und die dafür im Unermögens-falle eintretende Freiheitsstrafe, unmittelbare Freiheitsstrafe von höchstens sechs Wochen; das Ersatzgeld und die verwirkte Einziehung, die Haftbarkeit in Gemäßheit der §§ 3, 4, 26, § 70. Beim Ausbleiben des auf Grund der §§ 15, 17 Absatz 2 bis 4 Angeklagten kann zur Hauptverhandlung geschritten werden. Nach Artikel 2 ist der Termin des Inkrafttretens des Gesetzes offen gelassen, und es heißt dann: Diejenigen Sachen, in denen vor dem genannten Tage ein Strafbefehl bereits zugestellt ist, sind nach dem bisherigen Verfahren zu Ende zu führen.

— Auf der Tagesordnung der morgen abzuhaltenden Plenarsitzung des Bundesrathes befindet sich auch der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches. Der Reichskanzler hat dem Bundesrath den ihm von der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches in erster Lesung festgestellten Entwurf nebst dem begleitenden Bericht zur Kenntnissnahme und weiteren Beschlußfassung mitgetheilt. Der Vorsitzende der Kommission, Wirkl. Geh. Rath Pape, fügt der Uebersendung des Berichtes eine Reihe von Bemerkungen bei, in deren Einleitung es heißt:

„Nach Erledigung des letzten, auf das Erb- beziehenden Theilentwurfs ist der ganze Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches

von der Gesamtkommission nochmals zum Zweck der endgültigen Feststellung einer generellen Revision unterzogen, welche am 30. September 1887 begann und im Dezember 1887 zum Abschluß gelangt ist. Die Auf- und Feststellung des nunmehr vorliegenden Entwurfs erster Lesung hat somit die Thätigkeit der Gesamtkommission ungefähr sechs Jahre und drei Monate in Anspruch genommen, während die Zeit von September 1874 bis Oktober 1881 auf die mühsamen Vorarbeiten der Redaktoren verwandt ist. Die Beschlüsse des Bundesrathes vom 22. Juni 1874 sehen vor, daß der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches mit Motiven vorzulegen sei. Die Motive sind vollständig enthalten in den von den Redaktoren ausgearbeiteten Motiven zu den Vorentwürfen. Eine besondere Wichtigkeit wohnt den Berathungsprotokollen bei, denn dieselben beschränken sich keineswegs auf Mittheilung der Debatten und gefaßten Beschlüsse, sondern es findet sich darin durchgehend die Aufzeichnung der Gründe, auf welche die beschlossenen einzelnen Vorschriften, sowie die Ablehnung der zur Aufnahme vorgeschlagenen, aber nicht angenommenen Bestimmungen beruhen. Diese Gründe sind, da jedes Protokoll alsbald nach der Aufnahme in einer Sitzung der Kommission verlesen und festgestellt ist, als von der letzteren gebilligt anzusehen. Unverkennbar ist das die Motive des vorliegenden Entwurfs umfassende Material ungewöhnlich umfangreich und von einer die Orientierung erschwerenden Beschaffenheit. Es ist daher die Ausarbeitung von gedrängteren, die Uebersicht und Aufklärung erleichternden Motiven für sachgemäß erachtet. Die kürzern, als ein Auszug aus dem gedachten vollständigen Motivenmaterial zu betrachtenden Motive sind von den Hilfsarbeitern der Kommission beschafft. Es mußte davon abgesehen werden, diese Motive der Prüfung und Genehmigung der Kommission zu unterbreiten, als deren Werk sie daher nicht unmittelbar und nur im beschränkten Sinne zu betrachten sind; denn ein solches Verfahren würde voraussichtlich zu einer Art von neuer Lesung oder wiederholter Berathung des ganzen Entwurfs, wenn nicht darüber hinaus, geführt und ohne wesentlichen Nutzen zu stiftet eine außerordentlich beträchtliche Zeit in Anspruch genommen haben. Die kürzern Motive sind noch nicht gedruckt, die Anordnung des Druckes ist vielmehr vorläufig noch ausgesetzt.“ Im Weiteren behandeln die Bemerkungen die verschiedenen Nebengesetze, welche mit dem Entwurf noch erforderlich sind: das Einführungsgesetz, die Grundbuchordnung, die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, das Verfahren in Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, Änderungen und Ergänzungen der Reichs-Civilprozessordnung und der Reichs-Konkursordnung und die Erbfolge in die landwirthschaftlichen Grundstücke.

— Im Reichsetat werden die erforderlichen Summen verlangt, um zwei neue Stellen beim Reichsversicherungsamt für ständige Mitglieder zu errichten. Die Zahl der ständigen Mitglieder dieses Amtes wurde durch den Etat für 1887/88 von 4 auf 6 erhöht, soll aber nunmehr auf 8 gebracht werden. Wie sehr aber die Arbeiten des Amtes sich in unerwarteter Weise entwickelt haben, geht daraus hervor, daß außer einem ständigen noch 3 kommissarische Hilfsarbeiter dabeilbst jetzt beschäftigt werden. Zur Entlastung des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes hat der Reichskanzler in einem besondern Erlasse angeordnet, daß in den Fällen, wenn das Amt als richterliche Behörde tagt, eine Vertretung des Präsidenten stattfinden darf. Mit dieser Vertretung sind die ständigen Mitglieder, Geh. Regierungsräthe Caspar und Gabel, betraut worden.

— Nach der soeben dem Reichstage zugegangenen Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1888/89 zur Deckung der Gesamtansgabe aufzubringenden Matrikularbeiträge stellt sich die aufzubringende Bedarfssumme auf 232 504 600 M. Dazu haben, wie die „Post“ mittheilt, Bayern 26 776 738 M., Württemberg 9 852 014 M., Baden 7 031 633 M., Elsaß-Lothringen 6 876 793 M., Preußen 109 278 432 M., Sachsen 12 273 604 M., Hessen 3 631 673 M., Mecklenburg-Schwerin 2 219 459 M., Sachsen-Weimar 1 211 489 M., Mecklenburg-Strelitz 379 605 M., Oldenburg 1 317 915 M., Braunschweig 1 437 259 M., Sachsen-Meiningen 829 218 M., Sachsen-Altenburg 623 059 M., Sachsen-Roburg und Gotha 767 264 M., Anhalt 957 650 M., Schwarzburg-Sondershausen 284 039 M., Schwarzburg-Rudolstadt 323 515 M., Waldeck 218 318 M., Neuf älterer Linie 215 729 M., Neuf jüngerer Linie 426 788 M., Schaumburg-Lippe 143 567 M., Lippe 475 464 M., Lübeck 261 087 M., Bremen 639 143 M., Hamburg 2 001 308 M. Es haben zu zahlen gegen 1887/88: Preußen mehr 22 203 093 M., Bayern weniger 2 222 718 M., Sachsen mehr 2 762 819 M., Württemberg weniger 843 279 M., Baden weniger 549 340 M., Hessen mehr 707 023 M., Mecklenburg-Schwerin mehr 384 216 M., Sachsen-Weimar mehr 225 408 M., Mecklenburg-Strelitz mehr 61 155 M., Oldenburg mehr 243 160 M., Braunschweig mehr 319 321 M., Sachsen-Meiningen mehr 168 255 M., Sachsen-Altenburg mehr 128 034 M., Sachsen-Roburg und Gotha mehr 146 658 M., Anhalt mehr 213 324 M., Schwarzburg-Sondershausen mehr 57 123 M., Schwarzburg-Rudolstadt mehr 67 075 M., Waldeck mehr 38 491 M., Neuf ältere Linie mehr 52 733 M., Neuf jüngere Linie mehr 101 818 M.

Schaumburg-Lippe mehr 30 517 M., Lippe mehr 92 093 M., Lüneburg mehr 57 699 M., Bremen mehr 138 053 M., Hamburg mehr 539 190 M., Elb-Lothringen mehr 1 095 663 M.

— Viel wird in der Presse ein im preussischen Abgeordnetenhaus einzubringender Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode in Preußen mit Bestimmtheit zu den Verhandlungsgegenständen des am 14. ds. zu eröffnenden preussischen Landtages gezählt. Es mag nicht ausgeschlossen sein, daß die Parteien, welche einen solchen Antrag im Reichstag gestellt haben, sich dazu auch im Abgeordnetenhaus vereinigen; bis jetzt aber haben, wie der „Nat.-Ztg.“ zuverlässig versichert wird, darauf bezügliche Abmachungen nicht stattgefunden.

— Zur Zeit tagt hier eine aus verschiedenen Offizieren der berittenen Truppenteile zusammengesetzte Kommission behufs Prüfung der Frage wegen Einführung eines einheitlichen Sattelmodells an Stelle des jetzt von den Kürassieren geführten deutschen und des bei den anderen Truppenteilen vorgeschriebenen Vostfatters. Der Prüfung der Kommission sind etwa 80 verschiedene Modelle unterbreitet. In nächster Zeit wird ferner, wie die „B. P. N.“ mitteilen, auf gemeinsame Anordnung der Minister des Krieges und der Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Generals v. Heubach eine aus Frontoffizieren, Mitgliedern der Remontabteilung des Kriegsministeriums und der Gutsverwaltung, sowie namhaften Pferdezüchtern bestehende Kommission zusammentreten, um über wichtige grundsätzliche Fragen betreffend die Remontierung und Remontezucht zu beraten. An den vorbezeichneten Beratungen nehmen außer dem bereits genannten General v. Heubach u. A. auch die Kavalleriegenerale v. Rosenfeld und v. Kleist Theil.

— In Angelegenheit des Wegfalls des polnischen Sprachunterrichts in den Volksschulen der Provinz Posen und Westpreußen sowie im Regierungsbezirk Oppeln sind Verfügungen des Kultusministers erlassen worden an die Provinzialschulcollegien zu Danzig und Posen wie an den Regierungspräsidenten zu Oppeln, wonach der polnische Sprachunterricht an allen öffentlichen und an allen aus öffentlichen Mitteln unterstützten Knaben- und Mädchenschulen fortzuführen ist, bezüglich der Privatschulen aber nähere Bestimmungen vorbehalten bleibt, alle entgegenstehenden Bestimmungen aber zu beseitigen sind, und zwar schon jetzt.

— Der kommandierende General des 14. Armeecorps, General der Infanterie und Generaladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs, v. Obernitz, ist von Karlsruhe hier eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen.

— Die deutsche Hochseefischerei soll neueren Berichten zufolge erfreuliche Fortschritte machen, und wird die Hebung derselben zu einem Theile auf die an die inländischen Soldatenküchen gerichteten Versendungen von Seefischen zurückgeführt.

— Innerhalb der Südwestafrikanischen Gesellschaft hat sich eine Bergwerksgesellschaft zur Ausbeutung der Goldminen gebildet. Für Errichtung der Kolonialtruppe hat der Verwaltungsrath zunächst 75 000 Mark bewilligt. Dafür hofft man, außer europäischen Instrukteuren, ungefähr 120 bis 150 Mann eingeborene Mannschaften zu erhalten. Für den Abbau der Goldfelder ist die Beschaffung von zwei Millionen in's Auge gefaßt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Jan. Die „Politische Korrespondenz“ erklärt in Berichtigung irrthümlicher oder mindestens verfrühter Nachrichten, daß in Wien von diplomatischen Vorschlägen zur Lösung der bulgarischen Frage nichts bekannt sei. Allerdings sei der Boden für die Behandlung solcher Vorschläge jetzt besser vorbereitet als vor Neujahr.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. Der Zusammentritt der Kammer erfolgt nicht unter sehr verheißungsvollen Anzeichen. Wenn man einen Augenblick glauben konnte, die bei den Senatswahlen gemachten Erfahrungen würden im republikanischen Lager als Beweis für die Nothwendigkeit eines festeren Zusammenhaltens und eines einigermaßen zusammenwirkens der republikanischen Gruppen beherrigt werden, so hat man sich getäuscht, getäuscht namentlich in Bezug auf die Schärfe der Parteigegegensätze und die Leidenschaftlichkeit des Parteistrittes, die eine Einigung unmöglich erscheinen läßt. Allerdings wird zugestanden, daß die Uneinigkeit der republikanischen Partei einen beträchtlichen Theil der Schuld an den konservativen Wahlsiegen trug. Man verhehlt sich das nicht, vielmehr ist man nur zu sehr geneigt, die konservativen Erfolge weit mehr auf Rechnung des Zwiespaltes unter den Republikanern zu schreiben, als den Monarchisten eine Zunahme ihres Einflusses im Lande zuzugestehen. Aber die Beendigung dieses Zwiespaltes, eine Wiederannäherung der feindlichen republikanischen Brüder könnte doch nur erfolgen, wenn beide Richtungen den Muth und die Selbstverleugnung zu dem Geständnisse hätten, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht worden sind; keiner von beiden Theilen mag jedoch zugeben, daß er selbst die Unzufriedenheit der Bevölkerung mitverschuldet habe. Es hat sich darüber ein Zeitungsstreit entsponnen, der die Pause zwischen den Senatswahlen und der Kammereröffnung ausfüllt, aber nicht eben erfreuliche Aussichten auf den Verlauf der bevorstehenden Tagung eröffnet. Während man in den gemäßigten Organen den Radikalen den Vorwurf macht, durch das Ungeheuer ihrer Forderungen und ihre Verschönerungen mit der Rechten jene fruchtbare und stetige Arbeit der Kammer, deren das Land bedürfte, unmöglich zu machen, schieben die Radikalen die Schuld auf die Gemäßigten, die sich einer energischen Reformthätigkeit wider-

setzen und durch das toniesische Unternehmen den Unwillen der Bevölkerung erregt hätten. Die Stellung der republikanischen Gruppen ist daher beim Zusammentritt der Kammer in der Hauptsache unverändert. Um so mehr Aufmerksamkeit dürfte die Haltung der Rechten in der neuen Session in Anspruch nehmen. Die „Autorité“ des Abgeordneten de Cassagnac hat kürzlich aus den Senatswahlen den Schluß gezogen, daß die Rechte keine Ursache mehr habe, eine etwaige Kammerauflösung zu fürchten, nachdem die Senatswahlen ihr nicht bloß einen Mandatszuwachs, sondern vor Allem einen beträchtlichen Stimmenzuwachs gebracht haben. Wenn die Rechte aber keine Ursache mehr hat, eine Kammerauflösung zu scheuen, so hat sie — das ist der natürliche Zusammenhang der Dinge — auch keine Ursache, eine Ministerkrise zu verhindern. Und das ist sehr zu beachten; es ist ein dem Kabinet Tirard nicht sehr günstiges Moment. Dabei ist nicht viel darauf zu geben, daß die konservative Presse die Absicht, dem Ministerium feindselig zu begegnen, in Abrede stellt; denn die Rechte ist viel zu klug, um ihrerseits die Initiative zur Herbeiführung einer Krise zu ergreifen; das Odium einer abermaligen Störung des inneren Friedens wird sie nicht auf sich laden, wohl aber im gegebenen Augenblicke ihre bei der Uneinigkeit der republikanischen Partei ausschlaggebende Stellung benutzen. Die Rechte wird aller Wahrscheinlichkeit nach einen verstärkten Druck auf die Regierung ausüben suchen und, wenn die letztere diesem Druck gegenüber unempfindlich bleibt, vielleicht kein Bedenken tragen, selbst auf die Gefahr einer Kammerauflösung hin eine parlamentarische Niederlage des Kabinetts herbeizuführen. Denn der Gedanke einer Kammerauflösung hat seit dem 5. Januar nichts Beunruhigendes für die Rechte.

Paris, 10. Jan. Die Sitzungen der Deputirtenkammer wurden heute mit einer Ansprache des Alterspräsidenten Pierre Blanc eröffnet, worauf die Präsidentenwahl erfolgte, aus welcher Floquet als wiedergewählt hervorging. Im Senat hielt der Alterspräsident Carnot, der Vater des Präsidenten der Republik, die Eröffnungsrede (vgl. den folgenden ausführlicheren Bericht).

— Die Pariser Welt-Ausstellung im Jahre 1889 kann in gewissem Maße als eine Bürgschaft dafür gelten, daß die Friedenspartei in Frankreich ihre Bemühungen darauf richten wird, alle ernsthaften Verwicklungen zu verhüten. In der französischen Hauptstadt selbst sind so viele Interessen im Spiel, daß jetzt die Chauvinisten und die ultraradikalen Parteigänger des Generals Boulanger wenig Aussicht auf Erfolg haben. Der Pariser Gemeinderath hat denn auch jüngst für die Spezialausstellung der Stadt einen Kredit von 700 000 Francs beschloffen, von denen 150 000 Frs. für die Errichtung zweier Pavillons behufs Ausstellung der verschiedenen Sammlungen dienen sollen. Unter den auszustellenden Gegenständen befinden sich im Relief ausgeführte Modelle der Sorbonne und der Ecole de Médecine, vier große Perspektivzeichnungen sollen das Paris von 1789 und dasjenige von 1889 zur Darstellung bringen. Der Gesundheitsdienst wird zwei Typen von Häusern ausstellen, von denen das eine im Gegenfalle zu dem anderen allen Vorschriften der Hygiene entspricht. Das „Wahrzeichen“ der Ausstellung von 1889, die geschmacklose Tour Eiffel ist bereits bis zu einer beträchtlichen Höhe gerichtet.

— Ueber die Eröffnung der ordentlichen Kammer tagung geht der „Kölnischen Zeitung“ folgender telegraphische Bericht zu: In der Deputirtenkammer hatten sich zur Eröffnung der Tagung von 1888 bereits viele Abgeordnete, aber wenig Zuhörer eingefunden. Alterspräsident Pierre Blanc, schon seit dem Jahre 1886 Alterspräsident, brückte in seiner Eröffnungsrede die Hoffnung aus, das gegenwärtige Jahr möchte fruchtbarer als das vergangene sein. Er empfahl den Republikanern Eintracht, um die geplanten Reformen durchzuführen. Wenn die Verhältnisse, die Frankreich durchgemacht habe, auch schwierig seien, so sei die Entwicklung doch frohreich, weil die republikanischen Staatsrichtungen siegreich und befestigt aus der Krise, in der ein anderes Regierungssystem gescheitert wäre, hervorgegangen seien. Redner sprach sodann noch lobende Worte über den neuen Präsidenten der Republik, Carnot, und setzte hinzu: Die durchgemachte Krise beweiße durch die während derselben zum Vorschein gekommene Ohnmacht ihrer Feinde und durch die Wirksamkeit der Präsidialen, die nicht genügt hätten, hervorzutreten, die Stärke der Republik (die Linke zollt Beifall, Cassagnac widerspricht). Auf die kriegerischen Bedrohungen habe Frankreich dadurch geantwortet, daß es die Fahne höher an seinem Horizont getragen und dieselbe der Welt als das Selbstzeichen der allgemeinen Friedensliebe gezeigt habe, indem es das Band der Völker in Frieden, Arbeit und Menschlichkeit verknüpfte habe. Die Haltung der Republik habe in Europa eine Bewegung der Achtung und Bewunderung hervorgerufen. Blanc lobte des Weiteren das Meer, besonders die Hingebung und Vaterlandsliebe desselben, und wies auf die Mobilmachung als einen Beweis der beruhigenden Einrichtung des Heeres hin. Die Rede wurde beifällig aufgenommen. Bei der Präsidentenwahl ergab sich: Abstimmende 351; für Floquet 258 Stimmen; auf verschiedene Kandidaten 38 zerplittert. Mitbin ist Floquet wieder zum Präsidenten gewählt. Die Kammer wählte hierauf zu Vizepräsidenten: Delafosse, Lefevre, Cassimir Perier, Deville; also die früheren. — Im Senat hielt nach Eröffnung der Tagung Alterspräsident Carnot eine längere Ansprache. Er begrüßte zunächst die neugewählten Senatoren und fügte hinzu, die vollziehende Gewalt sei gleichfalls erneuert, doch Alles, was ihm bei dieser Veranlassung zu sagen gekam, sei die Bemerkung, daß wenn der Kongreß durch seine Wahl keine Wünsche für den Frieden im Innern und im Auslande habe kundgeben wollen, wenn er die Verfassungsgesetze geachtet und die republikanische Fahne in fester Hand wissen wollte, so habe er sich nicht getäuscht! Diese Veränderung im Staatsoberhaupt, der mehrere politische Krisen vorausgegangen, sei in einer Zeit, wo ein Sturm den politischen Horizont verfinsterte, doch so leicht bewirkt worden, und das müsse Vertrauen zum guten Geiste des Landes und zu den Einrichtungen desselben einflößen. Carnot sprach alsdann von den Arbeiten des Senats während des letzten Jahres, die nicht fruchtlos geblieben. Er belobte die Mobilmachung des 17. Corps und der te-

ten sei die Gesamtheit des Militärgesetzes hervorzuheben: als nicht minder dringliche aber erachte das Land die nöthige Sicherheit für die Arbeit; sodann eine ehrenhafte sparsame Verwaltung, vor Allem aber festen Bestand: es gelte, Sicherheit für den nächsten Tag zu haben. Das Land sei nicht gleichgültig gegen politische Reformen, aber diese länden nicht in der ersten Reihe seiner Erwartungen. Der Senat soll das Werk des Fortschritts sein und es sei für die wahren Freunde des Fortschritts nöthig, daß sie sich gegen die Seltenecktheit verteidigten, die Frankreich zu erobern droht. Carnot spricht dann von den Ursachen der volkswirtschaftlichen Krisis in Europa, die in Frankreich minder stark empfunden werde, und hofft, daß die Ursachen der Krisis, die mit der Politik zusammenhängen, schwinden werden, dann werde man nicht immer das Schauspiel anzusehen brauchen, wie die Völker, die gleichmäßig dem Krieg widerstreben und den Frieden wünschen, um ihre Uebel zu beseitigen, dennoch fortfahren, sich in militärischen Vorkehrungsmaßregeln zu erschöpfen, die von Misträuen und eingebildeten Befürchtungen eingeleitet werden. Die Ausstellung von 1889 werde Europa beweisen, daß Frankreich weit entfernt davon sei, heute um ein Jahrhundert gefunken zu sein, es sei zu hoffen, daß wenn das Jahr 1889 sich dem Jahre 1789 vorstelle, es mit Stolz ihm zurufen könne: „Ich habe gehalten, was du versprochen hast.“

Italien.

Rom, 10. Jan. Der Papst empfing gestern in Gegenwart von sechs englischen Bischöfen 450 englische Wallfahrer. Der Herzog von Norfolk überreichte eine Adresse, in deren Beantwortung der Papst über die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche in England und deren wachsendes Gedeihen sich aussprach. Der Papst empfing ferner gestern den Freiherrn v. Franckenstein.

Großbritannien.

London, 10. Jan. Die „Saturday Review“ meint, die englische Regierung könne sich beim Herannahen der Parlamentsession Glück wünschen, das Vertrauen des Landes in ungeändertem Maße zu besitzen. „Vor 12 Monaten gaben die Redner der Opposition der Regierung höchstens eine Frist von 6 Monaten. Dann, so prophezeiten sie, hätte die Regierung die Unterstützung der liberalen Unionisten verloren, Streitigkeiten in der konservativen Partei würden ausgebrochen sein, während nach ihrer Meinung der Abfall Lord R. Churchill's einen unheilbaren Riß zur Folge haben sollte. Kurz, Fehlschläge nach allen Seiten und besonders die Unmöglichkeit, das irische Programm durchzuführen. Die 12 Monate sind dahingegangen und obwohl die Gladstonianer wenigstens dem Anscheine nach noch immer große Zuversicht besitzen, so ist doch von ihren Prophezeiungen nicht das Geringste erfüllt worden. Die ministerielle Partei ist numerisch fast noch ebenso stark und die erste Wahl im neuen Jahre in Winchester ist ein Triumph für sie gewesen. Eine über ein ganzes Jahr ausgebehnte unfruchtlose Opposition ist nicht im Stande gewesen, einen einzigen schwachen Punkt in der Politik des Ministeriums zu entdecken.“

— Der Ausgang des Prozesses Blunt ruft in Irland große Erregung hervor. In der Begründung des Urtheils gegen Blunt führte der Appellrichter aus, er könne Blunt nicht für einen Enthusiasten halten, dessen Leidenschaft über seinen Verstand den Sieg davongetragen habe; Blunt habe schon der Versammlung in Woodford beigewohnt, bei welcher die Proklamation des Bischofs verbrannt worden sei, und habe nicht dagegen protestirt. Dadurch schon habe er sich eines Vergehens schuldig gemacht. Er habe bewußt sich gegen das Gesetz vergangen und der Richter erster Instanz habe richtig geurtheilt, wenn er Blunt schuldig befunden habe, absichtlich und mit Vorbedacht dem Gesetze Widerstand geleistet zu haben. Die Nachricht von der Befestigung des Urtheils verurtheilt in Portumna bedeutende Aufregung. Auf Veranlassung des in der Stadt weilenden katholischen Bischofs von Clontarf schlossen die Ladenbesitzer ihre Läden. Manche Bürger hingen Trauerfahnen an ihre Häuser. Nachmittags wurde Blunt nach Galway gebracht, wo er in's Gefängniß eingeliefert wurde. Bei der Abfahrt von Portumna hatte das Volk nicht übel Lust, den Beurtheilten mit Gewalt aus den Händen der Polizei zu befreien, doch hielt der anwesende irische Abgeordnete Tanner die Menge zurück und forderte sie auf, die Polizei zu boykottieren. Ähnliche Kundgebungen wie die in Portumna ereigneten sich bei der Ankunft Blunt's in Galway. Am Bahnhof brachte die Menge donnernde Hochs aus an Gladstone, Blunt und die irischen Führer. In verschiedenen Punkten kam es auf der Fahrt vom Bahnhof zum Gefängniß zu Zusammenstoßen. Vor dem Gefängniß mußte die Polizei mit gefälltem Bajonett auf das Volk eindringen; mehrere Personen wurden verwundet und auch ein Polizist erlitt erhebliche Verletzungen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 8. Jan. Der Reichstag tritt am 16. ds. zusammen, die thatächliche Eröffnung desselben durch den König wird aber erst nach Prüfung der Vollmachten am 18. oder 19. ds. stattfinden. In beiden Kammern soll eine Aenderung in der Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenämter nicht stattfinden. Der letzte Reichstag stellte der Regierung 20 000 Kronen zur Verfügung behufs Vermehrung des Abfahrschweidischer Industrieerzeugnisse im Auslande; das Kommerzcollegium schlägt nun, wie man der „Köln. Ztg.“ schreibt, vor, davon 5 000 Kronen zur einjährigen Anstellung eines Agenten in Deutschland zu verwenden, der sich namentlich um die Förderung des Verkaufs schwedischer Fischereigeräthe bemühen soll, und den Rest von 15 000 Kronen zur Beolbung eines Reiseagenten, der Indien, China und Australien zu besuchen hat, zu benutzen.

Rußland.

St. Petersburg, 10. Jan. Mehreren auswärtigen Blättern — wie der Wiener „Allgemeinen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ — wird gerüchtheit von der Entdeckung eines neuen nihilistischen Komplotts berichtet. Bis jetzt sind diese in ziemlich vager Form auftretenden Gerüchte noch völlig unbefätigt.

Bulgarien.

Sofia, 10. Jan. Der bulgarische Geschäftsträger in Konstantinopel, Konstantinowitsch, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Zeitungsstimmen.

Zur Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes erhält der Hannover'sche Courier von einem hochangesehenen Mitgliede der nationalliberalen Partei eine Zuschrift, in welcher zunächst darauf hingewiesen wird, daß, so lange die Verschärfungen des Sozialistengesetzes und die Gründe derselben nicht bekannt gegeben seien, eine bestimmte Stellungnahme nicht möglich sei. Dagegen wird die Frage nach dem Zeitraum der Gültigkeit des Gesetzes für spruchreif und eine Verständigung hierüber mit der Regierung für nicht allzuschwer erklärt. Man habe sich bei den kurzen Zeiträumen, für welche das Gesetz in Kraft gesetzt wurde, in der Annahme des Verschwindens der Sozialdemokratie getäuscht und erkennen müssen, daß nicht von dem Sozialistengesetz, sondern nur von einer lange wirkenden positiven Fürsorge für die arbeitenden Klassen, welche die spätere Gesetzgebung des Reiches sich zur Aufgabe gemacht und bereits weit gefördert habe, und von dem alle Besessenen mehr und mehr durchdringenden und ihr Verhalten regelnden Bewußtsein der Pflichten, welche sie gegen die Nichtbesitzenden haben, eine Auslösung der bestehenden Klassengegenstände und die Rückkehr der Arbeiter von den Irrwegen, auf welche sie geleitet sind, zu erwarten sei. Die unerlässliche Voraussetzung der Verlängerung des Gesetzes auf fünf Jahre, so heißt es wörtlich in der Zuschrift, welche die Regierung beabsichtigen soll, würde daher die bereits beantragte Verlängerung der Legislaturperiode auf den gleichen Zeitraum sein. Wird diese Verfassungsänderung beschlossen, so wäre damit für uns der durchschlagende Grund gegen eine Verlängerung des Sozialistengesetzes über drei Jahre hinaus beseitigt und die Frage der Geltungsdauer innerhalb des Rahmens von fünf Jahren zu einer bloßen Zweckmäßigkeitsfrage geworden. Unter diesem Gesichtspunkte wäre dann zunächst zu prüfen, ob anzunehmen, daß die sozialdemokratische Bewegung ihre gemeingefährliche, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Tendenz voraussichtlich schon vor Ablauf von fünf Jahren verlieren werde, und es daher nicht zu rechtfertigen sei, dieselbe und ihre Anhänger noch für solchen Zeitraum unter ein Ausnahmegesetz zu stellen. Nach der bisherigen Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in Deutschland wird leider diese Frage einmütig verneint werden müssen. Ebenso wenig wird aus der Tätigkeit der bestehenden Organe bei Anwendung des Gesetzes, die zwar nicht irrtümlich, aber im Großen und Ganzen eine durchaus lokale gewesen ist, ein ausreichender Grund gegen die Verlängerung der außerordentlichen Befugnisse der Exekutive auf fünf Jahre hergesehen sein.

Das bevorstehende Zusammentreten von Reichstag und Landtag veranlaßt das „Börsen-Tagblatt“ zu nachstehenden Betrachtungen über das Kartell: „Die gesunde Vernunft und die politische Einsicht verlangen, daß das Kartell von dauerndem Bestand sein solle, daß seine Existenz mindestens auf so lange gesichert sei, als die im Deutschen Reich und deutschen Völkern wirksamen zentrifugalen Kräfte noch zu zahlreich und mächtig sind, als daß die nationalen Parteien sich den Luxus gestatten könnten, getrennt zu marschieren und getrennt zu schlagen. Die Benutzung einer getrennten Marschroute verneht das Kartell seiner Partei; jede genießt ihre uneingeschränkte innere Autonomie und, wie z. B. die Abstimmung über die letzte Zollerhöhung auf landwirtschaftliche Produkte darthut, auch ihre äußere Autonomie, so lange nicht nationale Interessen auf dem Spiele stehen. Daran werden sich auch wohl jene Parteinteressen genügen lassen können, die über jeden Zwischenfall, wie ihn das politische Alltagsleben nun einmal hin und wieder mit sich bringt, skrupulöse Rechnung führen und, statt sich den Kartellgenossen gegenüber auf den Vertrauensstandpunkt zu stellen, jedes Wort, jede Regung derselben unter die Lupe des Mißtrauens zu nehmen. Die Mehrheitsparteien haben in der bevorstehenden parlamentarischen Tagungsperiode eine Reihe bedeutsamer Aufgaben zu erledigen. Ihre loyale, verständnisvolle Zusammenarbeit wird der Entwicklung unseres nationalen Staats- und Gesellschaftsorganismus neue kraftvolle Impulse leihen und, wie wir vertrauen wollen, auch das Uebergewicht der verbindenden über die trennenden Momente im Verbands der positiven Richtungen hinreichend fällen, um alle hinterhältigen Spekulationen der gegnerischen Parteien schon im Keime zu ersticken.“

Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ scheint nach den Ausführungen der „Kreuzzeitung“ über die Begründung einer christlich-sozialen Vereinigung kein Zweifel darüber zu bestehen, daß sie ihre Parteigänger lieber mit den Zentrumspolitikern, als mit den Freikonservativen und gar den Nationalliberalen zu einem Bunde vereint sähe. „An Anknüpfungspunkten und Berührungspunkten zwischen den Neigungen der „Kreuzzeitung“ und denen des Zentrums,“ so heißt es weiter, „würde es freilich nicht fehlen; immerhin aber bleibt zunächst abzuwarten, was die „Germania“ und deren Kollegen in der Provinz auf solches Liebeswerben zu antworten geneigt sein werden. Im Großen und Ganzen halten wir die Leute um Herrn Windthorst herum für zu schlaue politische Rechner, als daß sie sonderlich geneigt sein könnten, unbedenken in die ihnen entgegengetretene Hand der „Kreuzzeitung“ einzuschlagen. Und ihre Neigung dazu dürfte um so geringer sein, je deutlicher sie einsehen, daß der parlamentarische Machtzuwachs für das Zentrum aus der neuen Koalition im günstigsten Falle auf ein paar christlich-soziale Hospitanten mehr sich belaufen könnte. Allen Anschein nach wird also auch diese, dem Zusammenhalt der reichstreuenden Parteien im Parlamentsleben entgegengetretene Klippe ohne Gefahr von ihnen umsegelt werden.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 11. Januar.

Heute Vormittag erteilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den nachbenannten Personen Audienz: dem Salineningenieur Laub von Dürheim, dem Bahningenieur Grund von Billingen, dem Bezirksarzt Haszmann von Schönau, dem Herrn von Christmar von Arlen, dem Farrer Beuchert von Rothweil, dem Professor Becker von Waldshut, dem Oberamtmann Weber von Donauerschingen, dem Amtsrichter Seitz von Haslach, dem Fabrikanten Gülich von Pforzheim, dem Landgerichtsassessor Träger von Mannheim, dem Professor Brandt von Schopfheim, dem Professor Haas, Vorstand der Höheren Bürgerschule in Müllheim, dem Postdirektor Mayer von Konstanz, dem Telegraphendirektor Klüpfel von Heidelberg, dem Obertelegraphensekretär Timm von Mannheim, dem Postmeister Baur von Schwefingen, dem Oberpostassistenten Schwarz, dem Oberpostdirektionssekretär Wiegelmesser und dem Obertelegraphensekretär Niemann von hier, dem Oberzollinspektor Knittel von Säckingen.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Legationssekretärs Freiherrn von Babo.

(Baden, 10. Jan. (Saisonnachrichten.) Am Dienstag den 17. d. M. hält Herr Julius Stettenheim, Redakteur der Berliner „Wespen“, im Konversationshaus einen humoristischen Vortrag. — Der große Maskenball findet am Samstag den 11. Februar, der kostümirte Reunionsball am Dienstag den 14. Februar statt.

Heidelberg, 10. Jan. (Bürgermeisterwahl.) Bei der heute in unserer Nachbargemeinde Neuenheim im stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde Bürgermeister Alb. Ueberle auf weitere sechs Jahre mit 153 Stimmen, also fast einstimmig, wiedergewählt.

Pforzheim, 10. Jan. (Vortrag. — Konzert.) In dem gestern Abend im Kunstgewerbeverein vor einem sehr zahlreichen Hörerkreis von Herrn Prof. Dr. Gothein gehaltenen Vortrag über „Kulturgeschichte Italiens im Zeitalter der Renaissance“ verbreitete sich der hier sehr beliebte Redner zunächst über die verschiedenen Völkerrämme des Landes, das nach der Römer- bis zur neuesten Zeit ein eigenes geschlossenes Reich niemals bildete. Als solche Stämme wurden bezeichnet: altitalische, griechische, gallische, germanische und saracenische Völker. Im Weiteren wurden dann die Kämpfe der vereinigten Städte Italiens und der Päpste — der Guelfen und Gibellinen — gegen das römisch-deutsche Kaiserthum und die Kulturzustände des Landes geschildert. Zu dieser Zeit gab es noch keine eigentliche nationalitalienische Sprache. Dante Alighieri, welcher 1265 in Florenz geboren wurde, schuf eine solche erst durch seine zahlreichen Schriften. Auf diesen Mann näher eingehend, entrollte der Vortrag ein glänzendes Bild der vielfachen Verdienste Dantes als Schriftsteller und Patriot und machte Mittheilungen von einzelnen Stellen der „Göttlichen Komödie“. Reicher Beifall lobte den Redner. — Auf Sonntag hatte der „Musikverein“ ein Konzert veranstaltet, das ebenfalls ungewöhnlich zahlreich besucht war und bei welchem unter Leitung des Herrn Musikdirektor Th. Mohr die Konzertsängerin Fräulein Emma Hiller aus Stuttgart, Herr Konzertmeister G. Krasselt aus Baden und der hiesige Männergesangverein mitwirkten. Der Künstlerin und dem Künstler wurde wohlverdienter rauschender Beifall und wiederholter Hervorruf zu Theil. Der nächtlichen Anerkennung hatte sich auch unser tüchtiger „Männergesangverein“ zu erfreuen, der sich in acht Chören mit gewohnter Bravour produzierte und einzelne Nummern auf allgemeinen Wunsch wiederholt vortrug.

Offenburg, 10. Jan. (Vorträge. — Konzert.) Die Reihe der hiesigen öffentlichen Vorträge war am 2. v. M. durch einen höchst ansprechenden Vortrag des Herrn Prof. Dr. Bödel aus Karlsruhe über den Weilerfänger Hans Sachs eröffnet worden. Gestern folgte ein Vortrag des Herrn Dr. Lamert aus Karlsruhe über das Leben und die Werke des österreichischen Dichters Moser eine in großer Zahl erschienene Zuhörerschaft. Den dritten Vortrag, welcher diesem zweiten bald folgen soll, wird Herr Geh. Hofrath Dr. Wendt aus Karlsruhe über das Thema halten: „Ein Drama von Paul Heyse“. — Der Gacilienverein, der in seinem ersten Konzerte „das Requiem“ vorführte, wird uns in seinem zweiten Konzerte „die Jahreszeiten“ darbieten.

Verschiedenes.

Halle, 10. Jan. (Der Empfang der „Halleoren“ beim Kaiser.) Die in der „Karlsruher Zeitung“ wiedergegebene Nachricht der „Halleoren“ über die Worte, die Seine Majestät der Kaiser bezüglich des Gesundheitszustandes Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen beim Neujahrsempfange der „Halleoren“ gesprochen habe, wird von der „Saale-Zeitung“ bestätigt. Die „Saale-Zeitung“ schreibt: „Die anlässlich des Jahreswechsels zur Beglückwünschung an den Kaiserlichen Hof nach Berlin entstandene Abordnung der Salzwerker-Brüderschaft im Thale (Halleoren) ist von dort zurückgekehrt. Wie immer, begegnete die Gäste auch diesmal huldvoller Aufnahme. Als die Abordnung am Neujahrstage zum Empfange beim Kaiser erschien, mußte Seine Majestät aus historischen Gründen aus die aufziehende Wache, wobei sich eine der bekanntesten Volksgenossen abspielte, indem die Unter den Linden verarmte Menschenmenge, erregt über das treffliche Aussehen des Kaisers, bis an das Palais vordrängte und dem greisen Monarchen in stürmischen Hoch- und Jubelrufen ludigte. Dabei äußerte der Kaiser: „Seht die Menge, wie sie Mir freundlich zuruft; sie wissen nicht, was sie Mir freundliches erweisen sollen.“ Nicht nur die Mitglieder der Kaiserlichen Familie brachten sich recht günstig über das Befinden des Kronprinzen aus, sondern auch der Kaiser selbst kam wiederholt darauf zurück. Am Neujahrstage während der Tafel befohl Seine Majestät den Sprecher und Führer der Halleoren, Andreas Ebert, zu sich und drückte sein Bedauern darüber aus, daß in diesem Jahre infolge des Verweilens des Kronprinzen in San Remo von der Kronprinzlichen Familie nur Prinz Wilhelm anwesend sein könne. Die neuesten Depeschen aus San Remo brachten aber recht gute Nachrichten, die Zeit der schlüssigen Befürchtungen sei vorüber. Freilich wäre viel, viel Ruhe und Schonung nöthig, man habe aber volle Berechtigung zu der Hoffnung, daß Se. Kaiserl. Hoheit der Kronprinz zum Frühjahr wieder gesund nach Deutschland und Berlin werde zurückkehren können. Am folgenden Tage kam der Kaiser hierauf zurück und äußerte sich in ähnlichem günstigen Sinne. Das Befinden und das Aussehen des Kaisers waren vorzüglich. Zwar etwas von der Last der Jahre gebeugt, richtet sich der Körper beim Sprechen stolz und kraft empör, die Stimme ist wunderbar frisch und kräftig. In der Unterredung, welche Seine Majestät während der etwa eine Stunde dauernden Audienz mit den Halleoren pflog, zeigte der hohe Herr ein äußerst lebhaftes Interesse für die die alte Salzwerker-Brüderschaft angehenden Angelegenheiten; nicht nur Arbeits- und Lohnangelegenheiten, sondern auch viele andere, theilweise sogar Familienverhältnisse bildeten den Gegenstand von Fragen. Tief bewegt und erfüllt von Stolz, Freude und Hoffnung waren die Abgeordneten, als sie vom Kaiser unter Grüßen an die Brüder mit gnädigem Händedruck und den Worten: „So Gott will, auf Wiedersehen übers Jahr“ entlassen wurden.“

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 11. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing Vormittags den Vortrag des Generals v. Alben. Die Krankheitserscheinungen bei Seiner Majestät haben allmählich wahrnehmbar abgenommen.

schlaf ist noch immer zeitweise etwas beeinträchtigt, so daß für den Tag noch ein größeres Ruhebedürfnis besteht.

Berlin, 11. Jan. (Privattelegramm.) Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus San Remo von einem Bubenstreiche, der in der Villa Zirio ausgeführt worden sei, berichtet; es wären sämtliche Lieblingshunde Sr. Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen von unbekannter Hand vergiftet worden.

Berlin, 11. Jan. (Privattelegramm.) Zu der morgigen Plenarsitzung des Bundesraths soll dem Vernehmen nach auch der Anschlagbericht über das Sozialistengesetz vorgelegt werden.

Berlin, 11. Jan. Die Eröffnung des Landtags erfolgt am 14. d. M., Mittags 12 Uhr, im Weißen Saale des königlichen Schlosses.

U. Pest, 11. Jan. (Privattelegramm.) Die „Budapester Korrespondenz“ meldet: Mit Bezug auf die im „Deutschen Reichsanzeiger“ nunmehr schon zum zweiten Male aufgeworfene Frage, ob der in Sofia thatsächlich regierende Prinz Ferdinand von Koburg den Titel „Königliche Hoheit“ benützen könne, können wir auf Grund kompetenter Information mittheilen, daß dieser Titel dem Prinzen keineswegs, und zwar weder als Fürst von Bulgarien (wenn er dies vertragsmäßig wäre), noch als Mitglied des Hauses Sachsen-Koburg zusteht. Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich hat dem Prinzen August von Sachsen-Koburg und dessen Nachkommen im Mai des Jahres 1881 den Titel „Hoheit“ verliehen, ebenso wie der regierende Herzog von Sachsen-Koburg bloß den Titel „Hoheit“ führt. Keiner der Prinzen des Hauses Sachsen-Koburg führt den Titel „Königliche Hoheit“, und derselbe wurde demnach auch dem Prinzen Ferdinand irrtümlich beigelegt, wie ja der Titel „Königliche Hoheit“ überhaupt nicht verliehen werden kann; hingegen wird der von einem Monarchen verliehene Titel „Hoheit“ in anderen monarchischen Staaten stets anerkannt. Der „Börsen Lloyd“ bespricht heute die politische Lage auf Grund der neueren Meldungen in günstigerer Weise.

Pest, 11. Jan. Im Unterhaus interpellirte Delfy (von der äußersten Linken) bezüglich der russischen Rüstungen. Er will wissen, ob das auswärtige Amt wegen des Zweckes der unerwarteten Vorbereitungen bei der russischen Regierung angefragt habe, ob die Regierung an dem 1886 deklarirten Programm bezüglich Bulgariens unerschütterlich festhalte, ferner, ob sie es nicht für angezeigt halte, behufs Lösung der bulgarischen Frage im Sinne dieses Programms eine internationale Konferenz zu berufen und endlich, ob die Monarchie, falls die auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen erfolglos bleiben, auf das Bündnis mit Deutschland rechnen könne. Perczel fragt an, ob die Regierung es nicht für zeitgemäß halte, Rußland kategorisch aufzufordern, seine Rüstungen nicht nur einzustellen, sondern auch seine Truppen an den Grenzen auf ein für die Sicherheit Oesterreichs entsprechendes Maß zu reduzieren. Der Zeitpunkt für die Beantwortung der Interpellation durch Tisza ist noch unbestimmt.

Paris, 11. Jan. Der Richter Bigneau wurde durch ein heute vom „Journal officiel“ veröffentlichtes Dekret seiner Funktionen als Untersuchungsrichter entbunden und vor den obersten richterlichen Rath gestellt, weil er bei der Untersuchung gegen Wilson und die Frau Ratazzi wider Gesetz und Amtsehre gehandelt habe.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater. Donnerstag, den 12. Jan. 6. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: Die Weisheit des Salomo, Schauspiel in 5 Akten von Paul Heyse. Anfang 6 1/2 Uhr. Freitag, den 13. Jan. 7. Ab.-Vorst. Doktor Klaus, Lustspiel in 5 Akten von P. Arronge. Anfang 6 1/2 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Table with columns: Januar, Barom., Therm., Wind, Regen, etc. for dates 10, 11, 11.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 11. Jan., Mrgs. 3.54 m, gestiegen 12 cm.

Uebersicht der Witterung. Hoher Luftdruck von über 775 mm liegt über Großbritannien, Frankreich und der Südwesthälfte Deutschlands, ein Minimum von etwa 748 mm am Weißen Meer. Ueber Deutschland dauert die schwache, südwestliche bis nordwestliche Luftströmung bei trüber, neblig und milder Witterung fort, nennenswerte Niederschläge werden nicht gemeldet. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 11. Januar 1888.

Table with columns: Staatspapiere, Renten, Wechsel, etc. listing various financial instruments and their values.

Deutsche Militärdienst-Versicherungs-Anstalt in Hannover.

Eltern von Söhnen unter 12 Jahren werden auf obige, 1878 errichtete, unter Oberaufsicht der Königl. Staatsregierung stehende Anstalt aufmerksam gemacht. **Zweck derselben:** Wesentliche Verminderung der Kosten des ein- wie dreijährigen Dienstes für die betreffenden Eltern, Unterstützung von Berufssoldaten, Verforgung von **Invaliden.** Je früher der Eintritt erfolgt, desto niedriger die Prämie. Im Jahre 1886 wurden versichert 19,314 Knaben mit $\text{M} 21,600,000$ Kapital — gegen 16,678 Knaben mit $\text{M} 18,425,000$ Kapital im Jahre 1885. **Stands Ende 1886:** Versicherungskapital: $\text{M} 71,500,000$; Jahreserinnahme $\text{M} 4,500,000$; Garantiemittel $\text{M} 10,000,000$; Invalidenfonds $\text{M} 83,000$; Dividendenfonds $\text{M} 423,000$. Prospekt u. unentgeltlich durch die Direction und die Vertreter. Inactive Offiziere, Beamte, Lehrer und angehende Geschäftsmänner werden zur Uebernahme von Hauptagenturen gesucht. $\text{R} 552$.

HAMBURG-AMERIKANISCHE PACKETFAHRT-ACTIEN-GESELLSCHAFT.

Directe deutsche Postdampfschiffahrt
jeden Mittwoch und Sonntag,
von **Hamburg nach Newyork**
jeden Dienstag,
von **Havre nach Newyork**
jeden Donnerstag,
von **Stettin nach Newyork**
alle 14 Tage,
von **Hamburg nach Westindien**
monatlich 4 mal,
von **Hamburg nach Mexico**
monatlich 1 mal.

Die Post-Dampfschiffe der Gesellschaft bieten bei ausgezeichneter Verpflegung, vorzüglicher Reisegelegenheit sowohl für Cabin- wie Zwischendecks-Passagiere. Nähere Auskunft ertheilt **Walther & v. Beckow, Mannheim, C. Schwarzmann, Karlsruhe;** sowie dessen Agent **Hch. Strohmaier, Karlsruhe, Herrenstrasse 8.**

Serienloose der 3^{ten} Preussischen Zhr. 100 Loose,

deren Ziehung am 16. Januar a. c. stattfindet, in welcher 4300 Loose mit Spiel und Gewinne von $\text{M} 150,000, 60,000, 6000, 3000$ gewonnen werden können, aber jedenfalls $\text{M} 360$ — gewonnen werden müssen, sind zu haben
 $\frac{1}{2}$ Loos $\text{M} 690$ —, $\frac{1}{4}$ $\text{M} 345$ —, $\frac{1}{8}$ $\text{M} 175$ —
gegen Baareinsendung oder Nachnahme des Betrages bei
Gustav Cassel, Frankfurter Effecten- & Wechselstube, Frankfurt a. M., Zeil 51. $\text{R} 595.3$

R. 649.1. Heidelberg. Stipendienansuchen.

Auf den 20. April d. J. werden die Pensen aus der Stiftung der Frau Farrer Dr. Rilling Witwe dahier für 1887/88 zur Vertheilung fällig.
„Die hier Bürgerkinder, welche studiren, oder sonst ein ehrenhaftes Gewerbe erlernen“
und deshalb an dieser Stiftung genutzbar zu sein glauben, werden aufgefordert, ihre Gesuche um Berücksichtigung bei der Pensen-Vertheilung bis zum 20. d. Mts. schriftlich bei uns einzureichen.
Den Gesuchen, welche von den Gesuchstellern selbst mit Angabe ihrer Wohnungen geschrieben sein müssen, sind außer den Beugnissen über Aufzucht und Befähigung auch die Schulzeugnisse der Petenten anzuschließen, da die letzteren sonst so wenig berücksichtigt werden können, als Handwerkerlehrlinge, welche nicht die Gewerbeschule besuchen.
Heidelberg, den 6. Januar 1888.
Der Stadtrath.
Dr. Walz. Webel.

Kaminfeger.

R. 282. Ein rezipirter Arbeiter, ledig, wird per sofort gesucht! Bewerber wollen unter Beifügung ihrer Zeugnisse und Gehaltsansprüche Offerten an die Expedition d. Bl. sub J. W. K. richten.

Zeichengehilfe

im Zeichnen und Entwerfen für Steinbauerei (nicht Webererei) gründlich ausgebildet, gesucht. Offerten mit Angabe von Alter, bisheriger Thätigkeit, Referenzen und Ansprüchen unter Lit. K. 71 an die Expedition d. Bl. $\text{R} 257.2$

Red Star Line

Rothe Stern Linie
König. Belg. Postdampfer von **Antwerpen nach Philadelphia**
Schnelle Fahrten, gute Verpflegung, billige Preise.
Auskunft ertheilen:
von der Becke & Marsily, Antwerpen, Joh. Falstenberger, Marienstr. 17
L. Ph. Drassel, 76 Zähringerstr.
W. Gutekunst, Akademiestrasse 15
Bruno Kossmann, Zirkel 24
B. Konrad, Steinstrasse 2
Carl Barthold, Adlerstrasse 19
Karlsruhe $\text{R} 572.2$

Bürgerliche Rechtspflege.

Essentielle Zustellungen.
R. 277.1. Nr. 249. Freiburg. Die Ehefrau des Wilhelm Dreh, Kammer, geb. Anshlimann in Hauerwe, Kanton Neuenburg, vertreten durch Rechtsanwalt Frick in Freiburg, klagt gegen ihren Ehemann Wilhelm Dreh aus Eitelkirch, zur Zeit an unbekanntem Ort abwesend, wegen schwerer Mißhandlung und grober Verunglimpfung, mit dem Antrage, die zwischen beiden Theilen abgeschlossene Ehe für geschieden zu erklären, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Civilkammer des Gr. Landgerichts zu Freiburg auf den 24. März 1888, Vorm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Freiburg, den 5. Januar 1888.
Berrlein,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

R. 271.1. Nr. 239. Neustadt. Der Uhrmacher Johann Käufer in Eßlingen klagt gegen den Josef Berne, Metzger von da, z. Zt. an unbekanntem Ort abwesend, aus Darlehen laut Urkunde vom 21. April 1880, mit dem Antrage auf Verurtheilung des Beklagten zur Zahlung von 291 M. nebst 5% Zins vom 21. April 1880, auch das Urtheil für vorläufig vollstreckbar zu erklären, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Gr. Amtsgericht zu Neustadt auf
Mittwoch den 29. Februar 1888, Vormittags 9 $\frac{1}{4}$ Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Neustadt, den 7. Januar 1888
Zittel,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

R. 263.2. Nr. 250. Bruchsal. Die minderjährige Anna Maria Lens in Forst, vertreten durch den Klagvormund Franz Haber Lens, Tagelöhner von da, klagt gegen den Valentin Stegmüller, Steinbrecher von Bruchsal, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort aus außer- ehelichem Beischlaf mit der Mutter des klagenden Kindes — 1. Dezember 1887 — an bis zu dessen zurückgeleiteten 14. Lebensjahre, mit dem Antrage auf vorläufige Vollstreckbarkeit des Urtheils, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor Gr. Amtsgericht Bruchsal auf
Freitag den 24. Februar 1888, Vormittags 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Bruchsal, den 7. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Riffel.

Konkursverfahren.

R. 274. Nr. 1205. Mannheim. Ueber das Vermögen des Wäders und Spezialehändlers Valentin Ketter in Mannheim ist heute, Nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter ist Herr Rechtsanwalt Dr. K.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Februar 1888 einseh. bei dem Gerichte anzumelden und werden daher alle diejenigen, welche an die Masse als Konkursgläubiger Ansprüche machen wollen, hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche mit dem dem Termin ent- weder schriftlich einzureichen oder bei der Gerichtsschreiberei zu Protokoll zu geben, unter Beifügung der urkundlichen Beweisstücke oder einer Abschrift derselben.
Zugleich ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubiger- ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung be- zeichneten Gegenstände, sowie zur Prü- fung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag den 9. Februar 1888, Vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Amtsgerichte Abth. I dahier Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Kon- kursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befrie- digung in Anspruch nehmen, dem Kon- kursverwalter bis zum 1. Februar 1888 Anzeige zu machen.
Mannheim, den 7. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: F. Meier.

R. 270. Nr. 440. Wiesloch. Ueber das Vermögen des Zieglers Friedrich Raab von Baiertal wurde heute am 9. Januar 1888, Nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann Gustav Stöckinger von hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 1. Februar 1888 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger- ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung be- zeichneten Gegenstände auf
Freitag den 27. Januar 1888, Vormittags 11 Uhr,
zur Prüfung der angemeldeten Forde- rungen auf
Freitag den 10. Februar 1888, Vormittags 11 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gerichte Ter- min anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Kon- kursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befrie- digung in Anspruch nehmen, dem Kon- kursverwalter bis zum 1. Februar 1888 Anzeige zu machen.
Wiesloch, den 9. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Kumpf.

R. 276. Nr. 360. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Ver- mögen des Lambert Fröhlich, Bier- brauer in Odenheim, ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Ver- theilung zu berücksichtigenden Forde- rungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf: Mittwoch den 1. Februar 1888, Vormittags 10 $\frac{1}{4}$ Uhr,
vor dem Gr. Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
Bruchsal, den 9. Januar 1888.
Riffel,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

R. 654. Ein-Nr. 622. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Markus Sprich dahier ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf
Freitag den 27. Januar 1888, Vormittags 10 Uhr,
vor dem Gr. Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
Karlsruhe, den 9. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: W. Franl.

R. 275. Mannheim. Das Konkurs- verfahren über das Vermögen der Antje d'Albert Ehefrau, Therese, geborne Breder, Inhaberin der Firma Mme. A. d'Albert in Mannheim, wurde nach Abhaltung des Schluss- termins mit Beschluß Gr. Amtsgerichts Abth. 2 dahier vom 29. Dezember 1887 aufgehoben.
Mannheim, den 7. Januar 1887.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: F. Meier.

R. 280. Nr. 166. Waldshut. Die Ehefrau des Landwirths Marzell Albiez von Thengen hat durch Rechts- anwalt Straub in Waldshut gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögens- absonderung erhoben, zu deren Ver- handlung vom Gr. Landgericht Waldshut, Civilkammer I, Termin auf Donnerstag den 15. März d. J., Vormittags 9 Uhr,
anberaumt ist, was zur Kenntnissnahme der Gläubiger öffentlich bekannt ge-

macht wird.
Waldshut, den 9. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: Merkel.

R. 279. Nr. 11,018. Konstanz. Die Ehefrau des Franz Rößler, Johanna, geb. Gehler in Obersteinweiler, wurde durch Urtheil Gr. Landgerichts Kon- stanz — Civilkammer II — vom heuti- gen für berechtigt erklärt, ihr Vermö- gen von demjenigen ihres Ehemannes abzulösen.
Konstanz, den 29. Dezember 1887.
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: P. v. Mengingen.

Veröffentlichung.

R. 278. Nr. 242. Konstanz. Der Termin J. S. der Ehefrau des Jonas Pienerwadel, Genovefa, geb. Frey in Niefelingen, gegen ihren Ehemann, Vermögensabsonderung betr., ist auf Dienstag den 6. März 1888, Vormittags 9 Uhr, bestimmt.
Konstanz, den 9. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Rothweiler.

Veröffentlichung.

R. 632.2. Nr. 101. Freiburg. 1. Simon Bloch, geb. am 23. März 1862 zu Kirchen, zuletzt alda, 2. Karl Friedrich Großhaus, geb. am 22. Februar 1865 zu Binzen, zuletzt in Kirchen, 3. August Krebs, geb. am 7. De- zember 1865 zu Binzen, zuletzt in Bruch, 4. Ernst Friedrich Tanner, geb. am 25. Juli 1865 zu Binzen, zuletzt in Weil, 5. Johann Georg Kaiser, geb. am 29. März 1865 zu Degerfelden, zuletzt in Bruch, 6. Johann Georg Hagist, geb. am 23. Mai 1865 zu Fischeningen, zuletzt in Kirchen, 7. Fritz Bürgin, geb. am 6. Febr- uar 1865 zu Halingen, zuletzt alda, 8. Abraham Weil, geb. am 17. Mai 1865 zu Kirchen, zuletzt alda, 9. August Voos, geb. am 23. August 1865 zu Bruch, zuletzt in Bah- lingen, 10. Karl Julius Lamm, geb. am 30. September 1865 zu Bruch, zuletzt in Stetten, 11. Gottfried Wiedner, geb. am 4. April 1865 zu Bruch, zuletzt in Inzlingen, 12. Jakob Friedrich Flischer, geb. am 13. August 1865 zu Mappach, zuletzt in Stetten, 13. Gustav Adolph Edelmann, geb. am 13. Dezember 1865 zu Stetten, zuletzt ebenda, 14. Johannes Gerni, geb. am 24. Juni 1865 zu Weil, zuletzt alda, 15. Georg Friedrich Samuel Hätzer, geb. am 26. Dezember 1865 zu Weil, zuletzt in Baumringen, 16. Karl Friedrich Wittner, geb. am 18. Februar 1865 zu Niederrim- mingen, zuletzt alda,

werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehal- ten zu haben.
Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str. G. B.

Dieselben werden auf Samstag den 26. Februar 1888, Vormittags 9 Uhr,
vor die II. Strafkammer des Gr. Land- gerichts dahier zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wer- den dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafproceßordnung von den Gr. Bezirksämtern Bruch und Brischach über die der Anklage zu Grunde lie- genden Thatfachen ausgestellten Erklä- rung verurtheilt werden.
Freiburg, den 5. Januar 1888.
Gr. Staatsanwaltschaft: Geiler.

R. 638.2. Nr. 249.50. Heidelberg. 1. Der am 26. Novbr. 1864 zu Reichen geborne Philipp Joh. Brandmaier, zuletzt wohnhaft alda, 2. der am 28. April 1865 zu Dühren geb. Friedrich Wilhelm Stodt, zuletzt wohnhaft alda, 3. der am 4. April 1865 zu Eichelbach geborne Friedrich Wilhelm Bender, zuletzt wohnhaft alda, 4. der am 16. Mai 1865 in Hoffenheim geb. Johann Jakob Kaiser, zuletzt wohnhaft alda, 5. der am 30. Dezember 1865 zu Wi- chelsfeld geborne David Strauß, zu- letzt wohnhaft alda, 6. der am 13. September 1865 zu Reichen geb. Metzger August Boinikel, zuletzt wohn- haft alda, 7. der am 10. Februar 1865 geborne Georg Strempel, zuletzt wohnhaft alda, 8. der am 30. Juli 1865 zu Eins- dorf geborne Kaufmann Karl Friedrich Stefan Braun, zuletzt wohnhaft alda, 9. der am 6. September 1865 zu Etinsfurt geb. Kaspar Köllner, zu- letzt wohnhaft alda, 10. der am 5. No- vember 1865 zu Waldangelloch geborne Kaspar Friedrich Klemm, zuletzt wohn- haft in Wicksfeld, 11. der am 7. März 1865 in Zuzenhausen geborne Landwirth Heinrich Adam Bahn, zuletzt wohn- haft alda, 12. der am 9. Juni 1865 zu Schwewe geb. Student Gustav Friedr. Käßberich, zuletzt wohnhaft in Hei- delberg, 13. der am 6. Juli 1861 zu Wehrheim geb. Spengler Joh. Philipp Hoffmann, zul. wohnh. in Neuenheim,

werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufgehal- ten zu haben.
Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str. G. B.

Dieselben werden auf Freitag den 24. Februar 1888, Vormittags 9 Uhr,
vor die II. Strafkammer des Gr. Land- gerichts Mannheim zur Hauptverhand- lung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wer- den dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafproceßordnung von den Civil- vorstehenden der Erstinstanz in Eins- heim, Schwewe und Worms vom 24. und 22. November und 22. Sep- tember 1887 über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausge- stellten Erklärungen verurtheilt werden.
Heidelberg, den 7. Januar 1888.
Gr. Staatsanwaltschaft: v. Dusch.

R. 647.1. Nr. 206. Mosbach. Phi- lipp Jakob Popp von Kreunwertheim, geb. am 17. Juli 1866, led. Metzger, zuletzt wohnhaft in Wertheim, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außer- halb des Bundesgebietes aufgehalten zu haben.
Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str. G. B.

Derselbe wird auf Mittwoch den 28. März 1888, Vormittags 9 Uhr,
vor die II. Strafkammer des Gr. Land- gerichts Mosbach zur Hauptver- handlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafproceßordnung von dem Gr. Strafgerichtlichen Landgericht, Strafkammer zu Mosbach, über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgestell- ten Erklärung verurtheilt werden.
Mosbach, den 7. Januar 1888.
Gr. Staatsanwaltschaft: Jungmanns.

Gr. V. d. Staats- Eisenbahnen.

Im badisch-württembergischen Güter- verkehr wird der Artikel „Gypsbielen“ bei Aufgabe in Wagenladungen von 10000 kg zu den Frachttarifen des Spe- zialtarifs III abgefahrt.
Karlsruhe, den 10. Januar 1888.
General-Direktion.

R. 601.2. Karlsruhe. Holzversteigerung.

Aus Gr. Hartwalde werden versteigert, Montag den 16. d. M., Abth. IV. 31. Heckerrechtsstuhl: 285 Stämme Eichen I., II., III., IV. Kl., 111 Buchen.
Dienstag den 17. d. M., aus verschiedenen Abtheilungen: 52 Stämme Eichen I., II., III. Kl., 2 Forlen I. Kl. u. 1 Fichte, 34 Ster eichenen Eichenholz II. und III. Kl. und 293 Ster eichenen Stodholz.
Mittwoch den 18. d. M., aus Abth. IV. 31. Heckerrechtsstuhl: 28 Ster eichenen Scheitholz II. und III. Kl., 12 Ster buchenes Brühlholz und 786 eichenen Stodholz und 8 Loos Schlagbaum.
Die Zusammenkunft ist am 16. und 18. auf der Friedrichsthaler Allee an der Stutenfer Duerallee, am 17. auf der Friedrichsthaler Allee am Blanken- loch-Geopoldshäuser Weg, jeden Tag früh 10 Uhr.
Karlsruhe, den 7. Januar 1888.
Gr. Hoffort- u. Jagdamt Friedrichsthal. von Werhart.

R. 603.2. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Das Gr. Gertrudsthal bezugsweise das Recht, den hiesigen großen Exer- cierplatz auf dem Wöschfeld zum Schaf- übertrieb benutzen zu dürfen, wird am Donnerstag den 19. Januar er., Vormittags 10 Uhr,
für die Zeit vom 1. April 1888 bis 31. März 1891 auf diesseitigem Bureau öffentlich versteigert.
Karlsruhe, den 4. Januar 1888.
Königliche Garnison-Verwaltung.

R. 281. Engen. Bekanntmachung.

Gemäß Artikel 12 Allerhöchstdandes- herrlicher Verordnung vom 11. Sept. 1883 wird das Lagerbuch der Gemar- lung Watterdingen von Montag den 16. Januar 1888 an während vier Wochen zu Jedermanns Einsicht auf dem Rathhause zu Watter- dingen öffentlich aufgelegt und können etwaige Einwendungen gegen den In- halt der eingetragenen Beschreibungen der Eigenschaften und ihrer Reichshe- schaftigkeit während dieser Zeit dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorgebracht werden.
Engen, den 9. Januar 1888.
Der Bezirksgeometer: Brügler.